

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Für die Kirche ist ihr geistlich moralisches Gewicht von Belang

Gedanken zum Verhältnis Staat-Kirche aus Anlass der Bischofs- und Priesterweihe - Von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille

Der Bereich «Kirche und Staat» fällt innerhalb der Regierung in die Ressortzuständigkeit von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille. Er hat sich schon in seiner Doktorarbeit mit diesem Thema befasst und gilt als versierter Kenner dieser Materie. Er benutzt die Gelegenheit der bevorstehenden Bischofs- und Priesterweihe, um grundsätzliche Überlegungen anzustellen und auf die Bedeutung dieser Anlässe für Staat und Kirche aufmerksam zu machen.

Die bevorstehende Bischofs- und Priesterweihe sind für Kirche und Staat bedeutsame Ereignisse. Sie können nachhaltigen Einfluss auf die gegenseitigen Beziehungen haben. Dies ist für uns berechtigter Anlass, das Verhältnis des Staates zur katholischen Kirche näher zu beleuchten.

Dieser Beitrag soll auch unsere tiefe Verbundenheit mit Weihbischof Wolfgang Haas und Neupriester Kurt Vogt zum Ausdruck bringen. Wir empfinden Freude und Dankbarkeit, dass sie sich mit ganzer Kraft in den Dienst der Kirche und Menschen stellen wollen.

### Kirche in komfortabler Lage?

Es ist nicht möglich, die weit gefächerten Beziehungen zwischen Staat und Kirche auf kleinem Raum darzustellen. Die Ausführungen beschränken sich auf ein paar wesentliche Grundzüge. Sie beinhalten eine Standortbestimmung, die Fakten aufzeigt und Tendenzen, die sich abzeichnen, sichtbar macht. Diese werden einer sachkritischen Auseinandersetzung unterzogen.

Die katholische Kirche in Liechtenstein scheint zwar in einer komfortablen Lage zu sein. Es wird kaum einen Staat geben, in dem sie durch Verfassung und Gesetz eine so breit abgesicherte Stellung einnimmt und bei der Festlegung von verbindlichen Rechtsnormen für die Gesellschaft ein so gewichtiges Wort mitreden kann. Ist es aber in Wirklichkeit so gut um diese Kirche bestellt? Stimmt die Rechtslage mit den tatsächlichen kirchlich-religiösen Verhältnissen überein? Wir wissen, dass es nicht allein auf das juristische Umfeld im Staate ankommen kann.

### Unruhe ist festzustellen

Ein Blick auf die kirchliche Situation zeigt, dass die Kirche einschrumpt auf ihre Getreuen. Wir sind uns noch zu wenig bewusst, dass wir uns auch in Liechtenstein in einer faktischen Missionssituation befinden. Der kirchliche «Bestand» wird zu halten versucht, wird «verwaltet». Die seelsorgerliche Tätigkeit kommt zu kurz. Man spricht von Priesterangel. Dies ist ein Grund. Man wäre aber zu unkritisch, wenn man nicht nach anderen Gründen fragen würde. Es ist eine Unruhe im Klerus und Kirchenvolk festzustellen. Die Kirche war allzu lange darauf bedacht, immer nur zu bewahren, zu beschützen und zu verteidigen. Die leitenden Organe der Kirche haben es verlernt, die lebendige Entfaltung der katholischen Überlieferung in den Gliedern der Kirche anzuregen, zu fördern und zu lenken. Dem Klerus fehlt es oft an innerer Überzeugung und der Mitteilungskraft, um an den Menschen heranzukommen, der seiner bedarf. Die Gläubigen hat eine Passivität befallen, die sie wehrlos macht. Sie flüchten vor Orten der Auseinandersetzung und der Argumentation. Unter diesen Umständen sind sie nicht mehr in der Lage, die Vitalität eines Organismus unter Beweis zu stellen, der zwar noch ihr eigener ist, an dem jedoch allzu viele schon seit langem nicht mehr wirklich



«Für die Kirche ist in der heutigen Gesellschaft weniger ihr Verhältnis zum Staat als vielmehr ihr geistlich moralisches Gewicht in der Gesellschaft von Belang: eine Herausforderung, die uns alle angeht, soll nicht ein wesentliches Identitätsmerkmal des liechtensteinischen Staatswesens verlorengehen». - Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille, in dessen Ressortzuständigkeit der Bereich «Kirche und Staat» fällt. (Archivbild)

teilnehmen. Damit soll nicht gesagt sein, dass, wenn man sich auf kirchlicher Seite vermehrt moderner Hilfsmittel bedienen würde, um an den Menschen heranzukommen, die seelsorgerlichen Aufgaben bewältigt werden könnten. Letztlich kann ein Priester als solcher nicht ersetzt werden, so wenig ein Lehrbuch einen Meister ersetzt. Wenn man enttäuscht, verzweifelt ist, kann man zuweilen ein Buch aufschlagen oder Musik hören. Aber das ersetzt zumeist nicht eine freundschaftliche Hand. Die spezifische Rolle des Priesters in einer Gemeinde bleibt unersetzlich. Darum darf die seelsorgerliche Tätigkeit nicht zu kurz kommen.

### Erhebliche Sinndefizite

Die Kirche scheint vielfach vergessen zu haben, dass sie keineswegs die einzige Institution ist, die beansprucht, Sittlichkeit und humane Werte in der Gesellschaft mitzuprägen und zu vertreten. Darum muss sich der Anspruch der Kirche in der Konkurrenz mit anderen Sinnangeboten täglich neu bewähren. Ausserdem ist zu bedenken, dass nicht zu übersehende gesellschaftliche Krisenerscheinungen gleichzeitig auch einen Verlust des Einflusses der Kirche signalisieren. Die Drogenabhängigkeit sowie die vielfältigen neuen religiösen Erscheinungsformen - es sei auf die «ekten» verwiesen - zeigen erhebliche Sinndefizite in unserer Gesellschaft auf, die ganz offensichtlich auch von der Kirche nicht aufgefangen werden können. Dazu kommt, dass sehr viele Menschen in persönlichen Krisensituationen heute eher sich an den Arzt

oder an einen Psychotherapeuten wenden als an einen Seelsorger. Würde man nach den Ursachen fragen, so käme man auf die seelsorgerliche Tätigkeit zurück, die zu kurz kommt.

### Gegenseitige Bezugnahme

Man hat vom bischöflichen Ordinariat in Chur aus zu lange die religiös-kirchliche Lage in unserem Lande falsch eingeschätzt. Man hatte stets den katholischen Staat Liechtenstein vor Augen und setzte vielfach einen Katholizismus voraus, den es in Wirklichkeit nicht gab oder der den Annahmen nicht entsprach. Man lebte von und in der Tradition und berief sich auf das seit alters her gute Einvernehmen von Staat und Kirche. Dies ging früher an, als es das christliche Brauchtum noch gab und es gepflegt wurde. Das Bild, das man heute von unserem Staat als einem katholischen Staat zeichnet, wirft Fragen auf. Der katholische Staat Liechtenstein ist in Zwiespalt geraten. Ohne auf die historische Komplexität der Beziehungen zwischen Staat und Kirche einzugehen, ist darauf zu verweisen, dass es früher eine gegenseitige Identifikation gab, die - das sei hier angemerkt - auch nicht unproblematisch war. Denn der Staat bediente sich der Kirche für weltliche Belange (z. B. für die staatliche Zivilstandsregisterführung). Die Kirche liess dies gewähren, um ihres Schutzes und der materiellen Mittel sicher zu sein. Die gegenseitige Bezugnahme hatte aber auch eine Stärkung zur Folge. Das katholische Glaubensgut gehörte zum Wesen der (Fortsetzung auf Seite 2)

## KOMMENTAR

Zusätzlich zum normalen Vernehmlassungsverfahren wurde - was bestimmt nicht der Regel entspricht - im Falle der Eingabe zum «Schutz für unsere Gebirgsflora» eine Orientierungsversammlung abgehalten. Die Verantwortlichen zeigen damit, dass es ihnen in dieser für die Erhaltung unserer Umwelt bedeutenden Sache um eine möglichst breite Meinungsfindung geht. An der besagten Orientierungsversammlung, die am Montag in Triesenberg abgehalten wurde, konnte jeder Anwesende bei der nach demokratischen Grundsätzen durchgeführten Diskussion seine Vorbehalte oder seine Befürwortung zum Ausdruck bringen. Man möchte also glauben, dass eine derartige zusätzliche Orien-

### Gebirgsflora und Waffen

terierungsversammlung eine gute Sache ist. Offenbar gar nicht dieser Ansicht ist Vaterland-Kommentator «mars» in der Donnerstag-Ausgabe.

Erwähnter Kommentator beschränkt sich in seinen Zeilen nicht nur darauf, die Orientierungsversammlung in ein negatives Licht zu stellen. Was viel schlimmer wiegt, und sehr bedenklich stimmt, ist die Tatsache, dass aus dem von Umweltorganisationen der Regierung eingebrachten Antrag eine politische Angelegenheit gemacht wird. Im Sinne der guten Sache wurde von den verantwortlichen Stellen versucht, wie nur allzu selten der Fall, bei der Vernehmlassung möglichst viele Fakten vorzulegen. Und wenn dann zudem noch eine Orientierungsversammlung durchgeführt wird, dann wird diese im «Vaterland» völlig vermisst. Verlangt wird eine mit wissenschaftlicher Akribie erstellte Informationsmappe, und überhaupt - spote die Planung jeder vernünftigen, fundierten Arbeitsweise. Was der Kommentator unter einer solchen Arbeitsweise versteht, bringt er in seinem bezeichnenderweise mit «Ungleiche Waffen» betitelten Beitrag zum Ausdruck.

Beim Antrag zum «Schutz für unsere Gebirgsflora» geht es nicht darum, dass Gegner und Befürworter mit egal welchen Waffen aufeinander losgehen. Vielmehr geht es darum, gemeinsam (im Volksmund: «metanand») die bestmögliche Lösung zum Wohle von Mensch und Umwelt zu finden. Deshalb ist es völlig deplaziert, eine gute Sache einfach als Politisierung abzustempeln, nur weil sie nicht in ein Regierungsressort der eigenen Partei fällt. (Mad)

## Weichenstellung für Bangemann-Nachfolge

Bonn (AP) Die Weichen für die Nachfolge des FDP-Vorsitzenden und Bundeswirtschaftsministers Martin Bangemann, der seine Bonner Ämter niederlegen und zur EG-Kommission nach Brüssel wechseln will, sollen bereits in der nächsten Woche gestellt werden. Wie FDP-Sprecher Lothar Mahling am Freitag in Bonn mitteilte, will Bangemann Anfang der Woche, also noch vor dem sogenannten kleinen Parteitag der FDP am Samstag nächster Woche in Würzburg, mit Präsidium, Landesvorsitzenden und anderen Persönlichkeiten über die Nachfolgefrage beraten. Die Staatsminister im Auswärtigen Amt, Irmgard Adam-Schwaetzer, und FDP-Wirtschaftsexperte Otto Graf Lambsdorff haben bereits ihr Interesse am FDP-Vorsitz angemeldet.

Unklar war am Freitag noch, ob ein Sonderparteitag einberufen wird. Die Wahl des Bundesvorstands der FDP stünde normalerweise erst beim nächsten regulären Bundesparteitag Anfang Oktober in Wiesbaden an. Der müsste laut FDP-Satzung auch im Falle eines Sonderparteitags stattfinden. Über die Einberufung eines Sonderparteitags könnte theoretisch der Bundeshauptausschuss in Würzburg entscheiden. Wie FDP-Sprecher Mahling sagte, müsste dann aber Bangemann seinen vorzeitigen Rücktritt als Parteivorsitzender erklären. Er habe aber lediglich angekündigt, im Oktober nicht wieder kandidieren zu wollen.

## Zum Pfingstfest: Die Kraft der Schwachen

Die Kraft der Schwachen ist ihr Beisammensein. So war es in der Kirche von Anfang an. Niemand kann nachprüfen, wie es um die «Tausende» steht, welche nach dem Pfingstbericht der Apostelgeschichte der kleinen Jüngerschar «hinzugetaut» wurden, sich taufen liessen und plötzlich einen Faktor darstellten, mit dem die Öffentlichkeit rechnen musste.

Ob Hunderte oder Tausende - es kommt nicht darauf an. Wichtig ist, dass der Heilige Geist Gemeinschaft stiftet, und dass Menschen in Hinhören auf das Zeugnis von den grossen Tagen Gottes einander als Brüder und Schwestern des gleichen Herrn erfahren. Nun sind sie der Einsamkeit ebenso entrissen, wie der gestaltlosen Masse. Nun sind sie eine Gemeinde.

Pfingsten ist der Geburtstag der Kirche und wir sollten ihn, wie alle Geburtstage, mit dankbarem und frohem Herzen feiern. Zusammen, wie es sich ohnehin bei solchen Anlässen gebührt.

Das vielzitierte stille Kammerlein, in das man nach Jesu bekanntem Wort besser, als auf den Marktplatz geht, wenn man beten will: es kann auch zum Ort frommer Isolation und sehr unfrommer Aufsechtungen werden.

Gewiss bleibt bestehen, dass der Herr sich den zwei und drei in seinem Namen Versammelten, wie am Ostermontag in Bethanien, zugesellt. Im Krankenzimmer, daheim beim Tischgebet, in der Zelle des Gefängnisses vor der Vollstreckung des Urteils. Auch da ist seine Kraft in den Schwachen mächtig. Auch da können wir uns einer grossen Schar unsichtbarer Beiter sicher sein und trösten. Auch da ist die Bitte um den Heiligen Geist, die ja bereits selbst ein Werk des Geistes ist, nicht umsonst.

Ebenso aber bleibt bestehen, dass Christen wirklich von Herzen froh und stark erst in der Gemeinschaft werden. Der fromme Einzelgänger, wie ihn manche Dichter kultivieren, passt zum Glauben ebensowenig wie eine wohlbehütete Zimmerpflanze auf eine blühende

Wiese. Wir sind Winden ausgesetzt. Regen, Hagel, Schnee und oft genug auch der Sense. Die Gemeinde Gottes erfährt alles, auch das Dahinschweben in Trokerheit und Fruchtlosigkeit. Aber sie erfährt es gemeinsam und stützt sich in ihrer Schwäche an der Gegenwart des anderen. Das Geheimnis der evangelischen Kirchentage und ihres enormen Zulaufs - wo anders als hier ist es begründet?

Meine Kraft ist in den Schwachen mächtig. Paudas würde das gesagt, als er um das Ende vielfältiger Bedrängnisse bat. Uns wird es heute, am Pfingstfest, gesagt. Weit davon entfernt, unsere Schwäche durch einen Trick als Stärke auszugeben und damit gar noch Reklame zu machen: Wir Schwachen brauchen einander und werden dann auch für Gott gebrauchsfähig. Dann kann seine Sache, genannt Kirche, auf Erden weitergehen. Dann können ihr weder Belobigung, noch Verfolgung wesentlich schaden. (Hans Kanitz)

## INF-Ratifizierung vor Gipfel zunehmend unsicher

Konservative Mitglieder im US-Senat kündigten mehrere Zusatzanträge an

Washington (AP) Wegen des Widerstands konservativer Senatoren scheint die Ratifizierung des amerikanisch-sowjetischen Vertrags über die Abschaffung der Mittelstreckenraketen noch vor dem Gipfeltreffen in Moskau zunehmend ungewiss. Der ultrakonservative Republikaner Jesse Helms kündigte am Donnerstag Zusatzanträge von mindestens drei Kollegen an, die wie er den Vertrag ablehnen. Helms brachte damit die Eingabe des demokratischen Mehrheitsführers Robert Byrd zu Fall, der die Debatte über den Vertragstext beenden wollte. Hierzu hätte es eines einstimmigen Votums bedurft. Der republikanische Senator Dan Evans nannte die Zusatzanträge zum Vertrag kaum verhüllte Versuche, die Zustimmung durch den Senat zu verzögern. Nachdem bereits am Mittwoch der Antrag von Helms mit 91:6 Stimmen abge-

lehnt worden war, die Unterschrift des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow nicht als verbindlich anzuerkennen, musste sich der Senat am Freitag mit einem Antrag des Republikaners Steve Symms befassen. Symms will den Vertrag erst dann in Kraft treten lassen, wenn die Sowjetunion fünf frühere Verträge über Rüstungskontrolle nicht weiter missachte. Symms stützte sich dabei auf Äusserungen von Präsident Ronald Reagan, die Sowjetunion habe Bestimmungen der SALT-I- und -II-Verträge über die Begrenzung von Angriffswaffen, des ABM-Vertrags über die Begrenzung der Raketenabwehr, des Abkommens über ein Verbot oberirdischer Atomwaffentests und über das Verbot des Einsatzes chemischer Waffen verletzt.

Senator Gordon Humphrey, der den Vertrag wie Helms ablehnt, sagte, der

Senat dürfe «dem verdammt Gipfeltreffen» keinerlei Aufmerksamkeit schenken. Worüber hier in den kommenden Wochen entschieden werde, das werde «zum obersten Gesetz des Landes». Auch sein Kollege Malcolm Wallop wandte sich gegen jeden Zeitdruck und sagte, es dürfe nicht das Gefühl aufkommen, dass die Parlamentarier «durch diesen künstlich geschaffenen Termin» zur Eile angetrieben würden. Dagegen sagte der republikanische Fraktionsführer Robert Dole: «Es ist unser Präsident, der in der kommenden Woche in Moskau ist und diesen Vertrag haben will. Ich sage dies als Fraktionsführer der Republikaner im Namen eines republikanischen Präsidenten.» Humphrey räumte ein, dass der Senat den Vertrag aller Voraussicht nach früher oder später mit der notwendigen Zweidrittel-Mehrheit genehmigen werde.

**BRILLEN**  
für Gesichter  
mit Persönlichkeit

**federer**  
Brillen  
Kontaktlinsen

Optik - mit der Sie sich sehen lassen können!  
Grünaustrasse 1 - 9470 Buchs - Telefon 085 / 6 28 18

